

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Eigenständigkeit der swb AG erhalten!**

Die swb AG garantiert mit ihren Energieerzeugungskapazitäten Wirtschaft und Privathaushalten im Land Bremen eine sichere Energieversorgung. Hierzu tragen neben verschiedenen Kraftwerksstandorten, dem Müllheiz- und Wasserkraftwerk, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der regenerativen Energieerzeugung sowie der Bau eines effizienten GuD-Kraftwerks bei. Die swb AG verfügt über ein hohes energiewirtschaftliches Know-how und ist als Arbeitgeber für rund 2 600 Beschäftigte regionaler Auftraggeber und als Steuerzahler ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land Bremen.

Im Zuge des Verkaufs der swb-Anteile der Freien Hansestadt Bremen (FHB) an die Oldenburger EWE AG wurden Ende 2009 in einem Konsortialvertrag umfangreiche Bestandsgarantien für die swb AG und deren Tochtergesellschaften vereinbart, die u. a. unter dem Vorbehalt der wirtschaftlichen Zumutbarkeit stehen. Darin heißt es, dass die swb AG „als eigenständige Unternehmensgruppe an den Standorten Bremen und Bremerhaven als Kompetenz- und Entscheidungszentrum nachhaltig gesichert und weiterentwickelt“ werden soll – und weiter: „Es ist insbesondere nicht beabsichtigt, Teile bzw. Funktionen der swb zum Nachteil des Wirtschaftsstandortes Bremen zu verlagern“. Vereinbart wurde, dass die von swb wahrgenommen Geschäftsfelder einschließlich der dafür erforderlichen Mitarbeiter mindestens bis zum 31. Dezember 2019 im Land Bremen verbleiben. Bremen hat zudem bis zum 31. Dezember 2024 bei der Veräußerung von swb-Aktien ein Vorkaufsrecht.

Der swb-Mutterkonzern EWE sieht vor dem Hintergrund veränderter energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Ertragsdruck die Notwendigkeit Doppelstrukturen abzubauen und Kosten zu senken. Der Vorstand hat daher am 25. Januar 2012 sein neues Steuerungs- und Führungsmodell „Projekt 15plus“ vorgelegt, das neue Konzern-, Führungs- und Steuerungsstrukturen sowie die Integration von EWE und swb vorsieht. Bis Sommer 2013 soll eine Konzernholding die Zwischenholdings swb und EWE ENERGIE ersetzen. Die Zahl der Beschäftigten soll unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen reduziert werden, swb nur noch als Marke erhalten bleiben. Da die neue Konzernholding ausdrücklich steuernde und strategische Aufgaben sowie teilweise operative Aufgaben übernehmen soll, ist absehbar, dass wichtige Geschäftsbereiche der swb wie Strategie, Planung, Steuerung, Personal und Portfoliomanagement von EWE übernommen werden sollen. Dies wäre ein Verstoß gegen den Konsortialvertrag.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass EWE/swb durch geeignete Maßnahmen auf veränderte Marktbedingungen reagiert, um den Konzern auf Dauer wettbewerbsfähig zu halten und so seiner Rolle als wichtiger Akteur der regionalen Wirtschaft nachhaltig abzusichern. Zukunftskonzepte müssen jedoch zwischen allen Beteiligten frühzeitig und transparent kommuniziert werden und sind nur tragfähig, wenn sie die Interessen aller Akteure einbinden. Insofern weist die Bürgerschaft (Landtag) etwaiges einseitiges Handeln zurück, das auf eine Änderung des Konsortialvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der EWE AG zielt.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Überzeugung, dass die Einhaltung bestehender Verträge eine Selbstverständlichkeit darstellt, ohne die es kein Vertrauen zwischen wirtschaftlichen Akteuren und damit keine Basis für wirtschaftliches Handeln geben kann. Sie lehnt eine Änderung des Konsortialvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der EWE AG ab, soweit sie nicht im Interesse beider Parteien ist.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sich dafür einzusetzen, dass swb als eigenständiges, operatives Unternehmen mit allen wesentlichen Geschäftsfeldern sowie den im Konsortialvertrag vorgesehenen Aufgaben und Funktionen an den Standorten Bremen und Bremerhaven erhalten bleibt und bei der geplanten Restrukturierung keine überproportionalen Lasten zu tragen hat.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze im Land Bremen und die Sicherung von unternehmerischem Einfluss und energiewirtschaftlichem Know-how der swb im Land Bremen einzusetzen.

Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Andreas Kottisch, Arno Gottschalk,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Anne Schierenbeck, Ralph Saxe,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen